

Anfrage

der Abgeordneten Mag.^a Indra Collini an Landeshauptfrau Mag.^a Johanna Mikl-Leitner gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

betreffend: **Wirtschaftsstandort Niederösterreich unter Druck – wo bleiben die angekündigten Reformen?**

Der Wirtschaftsstandort Niederösterreich steht unter erheblichem Druck. Angekündigte Betriebsschließungen, Produktionsverlagerungen und Personalabbaumaßnahmen bei Unternehmen wie Ardo, Nemak, ZKW, Schaeffler und Pollmann gefährden Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und wirtschaftliche Perspektiven.

Neben hohen Arbeits- und Energiekosten belasten insbesondere Bürokratie, komplexe Genehmigungsverfahren und lange Verfahrensdauern die Unternehmen. Auch das Land Niederösterreich verfügt über wesentliche rechtliche und administrative Möglichkeiten, diesen Belastungen entgegenzuwirken.

Die NÖ Landesregierung hat wiederholt Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung angekündigt. Im Rahmen der landesinternen Aufgabenkritik wurden von rund 6.400 Landesbediensteten etwa 1.500 Verbesserungsvorschläge eingebracht, aus denen rund 180 Ideen hervorgingen. Nach bisher kommunizierten Angaben wurden davon lediglich 13 Maßnahmen umgesetzt und drei Landesgesetze aufgehoben. Welche konkreten Entlastungen dadurch erzielt wurden, bleibt offen.

Zusätzliche Möglichkeiten bieten die Novellierung des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes, die Digitalisierung und Automatisierung von Verfahren sowie die konsequente Anwendung des Once-Only-Prinzips.

In den Verantwortungsbereich der Landeshauptfrau fallen insbesondere Verwaltungsorganisation, Verwaltungsmanagement, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung. Entscheidend ist daher, welche Reformen tatsächlich umgesetzt wurden, welche messbaren Einsparungen und Entlastungen daraus entstanden sind und welche weiteren Schritte mit verbindlichen Zeitplänen folgen.

Die Gefertigte stellt daher folgende

Anfrage

1. Welche Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung wurden seit Beginn der laufenden Gesetzgebungsperiode in Ihrem Geschäftsbereich umgesetzt?
 - a. Welche Maßnahmen wurden wann umgesetzt?
 - b. Welche finanziellen und administrativen Entlastungen wurden für Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erzielt?
 - c. Wie werden diese Entlastungen gemessen und überprüft?

2. Wie ist der Umsetzungsstand der rund 1.500 Verbesserungsvorschläge beziehungsweise 180 Ideen aus der landesinternen Aufgabenkritik, soweit diese Ihren Geschäftsbereich betreffen?
- a. Welche Maßnahmen wurden umgesetzt, befinden sich in Umsetzung oder wurden verworfen und warum?
 - b. Bis wann sollen offene Maßnahmen abgeschlossen werden?
 - c. Welche Einsparungen und Entlastungen wurden erzielt beziehungsweise werden erwartet? Bitte nach Maßnahmen aufschlüsseln.
3. Welche weiteren Maßnahmen zur Entbürokratisierung und Verwaltungsmodernisierung sind für 2026 und 2027 geplant?
- a. Welche Verwaltungsabläufe und landesrechtlichen Regelungen sollen vereinfacht oder aufgehoben werden?
 - b. Welche Umsetzungsfristen bestehen?
 - c. Welche Einsparungen und Entlastungen werden für Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen erwartet?
4. In welchen Verwaltungsverfahren Ihres Geschäftsbereichs wird das Once-Only-Prinzip angewendet?
- a. Welche Verfahren sind bereits erfasst?
 - b. Welche sollen bis Ende 2027 hinzukommen?
 - c. Welche rechtlichen, technischen oder organisatorischen Hindernisse bestehen?
5. Wie werden die neuen Möglichkeiten des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes zur Digitalisierung, Automatisierung und antragslosen Erledigung genutzt?
- a. Welche Verfahren sind dafür vorgesehen?
 - b. Bis wann erfolgt die Umsetzung?
 - c. Welche Einsparungen und Entlastungen werden erwartet?
6. Welche landesrechtlichen Genehmigungs-, Anzeige-, Melde-, Nachweis- und Berichtspflichten wurden seit Beginn der laufenden Gesetzgebungsperiode in Ihrem Geschäftsbereich überprüft?
- a. Welche wurden vereinfacht oder aufgehoben?
 - b. Wo wird eine Ersetzung von Genehmigungs- durch Anzeigeverfahren geprüft?
 - c. Welche weiteren Überprüfungen sind bis Ende 2027 vorgesehen?
7. Welche Maßnahmen wurden zur Verkürzung der Verfahrensdauer gesetzt?
- a. Welche durchschnittlichen Verfahrensdauern liegen für 2024, 2025 und 2026 vor? Bitte nach Verfahren aufschlüsseln.
 - b. Wo sind kürzere Entscheidungsfristen geplant?
 - c. Wird eine Genehmigungsfiktion bei Fristüberschreitungen in rechtlich geeigneten Verfahren geprüft?
8. Ist ein verpflichtender Bürokratie-Check für neue landesrechtliche Regelungen vorgesehen?
- a. Wenn ja, nach welchen Kriterien werden die Auswirkungen auf Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie Gemeinden bewertet?
 - b. Wird ein Ausgleich neuer bürokratischer Verpflichtungen durch den Abbau bestehender geprüft?
 - c. Wenn nein, warum nicht?

9. Welche Maßnahmen wurden zur Verbesserung der Serviceorientierung und Effizienz der Landesverwaltung gesetzt?

- a. Welche Kennzahlen zu Bearbeitungszeiten, Verfahrensdauern und Kundenzufriedenheit werden erhoben?
- b. Welche Ergebnisse liegen für 2024 bis 2026 vor?
- c. Ist eine regelmäßige Veröffentlichung vorgesehen?

10. Welche strukturellen Verwaltungsreformen wurden seit Beginn der laufenden Gesetzgebungsperiode umgesetzt beziehungsweise sind bis Ende 2028 geplant?

- a. Welche Aufgaben oder Organisationseinheiten wurden beziehungsweise werden zusammengelegt, vereinfacht oder aufgelassen?
- b. Welche Doppelstrukturen wurden beseitigt?
- c. Welche jährlichen Einsparungen wurden erzielt beziehungsweise werden erwartet?

11. Welche Maßnahmen wurden zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Sicherung von Betriebsstandorten in Niederösterreich gesetzt?

- a. Welche Schritte wurden bei Ardo, Nematik, ZKW, Schaeffler und Pollmann unternommen? Bitte je Unternehmen aufschlüsseln.
- b. Welche Verbesserungen der Investitionsbedingungen sind für 2026 und 2027 geplant?
- c. Welche messbaren Ziele und Erfolgsindikatoren bestehen?

12. Besteht ein verbindlicher Maßnahmenplan zur Entbürokratisierung und Stärkung des Wirtschaftsstandorts Niederösterreich?

- a. Wenn ja, welche Maßnahmen, Ziele, Zuständigkeiten und Fristen enthält dieser?
- b. Wie wird die Zielerreichung überprüft?
- c. Wenn nein, bis wann ist ein solcher Plan vorgesehen?

13. Welche offiziellen Gespräche fanden mit Staatssekretär Sepp Schellhorn beziehungsweise dessen Büro zur Umsetzung der Forderungen der Resolution zur Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung statt?

- a. Wann fanden diese statt und wer nahm teil?
- b. Welche Forderungen der Resolution wurden behandelt?
- c. Welche Vereinbarungen und Umsetzungsschritte wurden festgelegt?

14. Welche konkreten Ergebnisse brachte die Zusammenarbeit mit Staatssekretär Sepp Schellhorn für Niederösterreich?

- a. Welche Vorschläge brachte das Land ein?
- b. Welche wurden vom Bund aufgegriffen oder umgesetzt?
- c. Welche gemeinsamen Maßnahmen sind mit welchen Fristen geplant oder in Umsetzung?
- d. Welche weiteren Abstimmungstermine sind vorgesehen?